Entwurf

Öffentlich-rechtlicher Vertrag

zwischen dem Land Schleswig-Holstein

endvertreten durch den Innenminister

nachstehend Innenministerium genannt

und

dem Kreis/der Stadt/der Gemeinde ...

vertreten durch die Landrätin/den Landrat/die Bürgermeisterin/den Bürgermeister

nachstehend Kreis/Stadt/Gemeinde genannt

über die Konsolidierungshilfen nach § 16 a des Finanzausgleichsgesetzes

§ 1

Gegenstand des Vertrages, Konsolidierungsziel

Der Kreis/die Stadt/die Gemeinde und das Innenministerium schließen diesen öffentlich-rechtlichen Vertrag mit dem Ziel, dass der Kreis/die Stadt/die Gemeinde zum nächst möglichen Zeitpunkt wieder aus eigener Kraft dauerhaft einen strukturell ausgeglichenen Haushalt erreicht und die aufgelaufenen Fehlbeträge/Jahresfehlbeträge spätestens bis zum Jahr 2021 zurückführt, um so kommunalpolitische Handlungsspielräume zurück zu gewinnen. Dieses Ziel soll erreicht werden durch die Gewährung von solidarisch durch die kommunale Familie und das Land bereitgestellte Konsolidierungshilfen und einen angemessenen Eigenanteil des Kreises/der Stadt/der Gemeinde zur Haushaltskonsolidierung.

§ 2

Konsolidierungshilfe

Das Innenministerium gewährt dem Kreis/der Stadt/der Gemeinde Konsolidierungshilfe nach den § 16 Nr. 1, § 16 a und § 16 b Abs. 4 sowie der dazu ergangenen Richtlinie über die Gewährung von Konsolidierungshilfen (§ 16 a FAG) vom XX.XX.2012 (Amtsblatt Schl.-H. S.) -nachfolgend Richtlinie genannt.

§ 3

Beitrag des Kreises/der Stadt/der Gemeinde zur Haushaltskonsolidierung

- (1) Der Kreis/die Stadt/die Gemeinde verpflichtet sich, einen angemessenen Eigenanteil zur Haushaltskonsolidierung zu erbringen. Der Eigenanteil muss geeignet sein, den Haushalt des Kreises/der Stadt/der Gemeinde dauerhaft und strukturell, also jährlich wiederkehrend, so zu entlasten, dass zum nächst möglichen Zeitpunkt wieder ein ausgeglichener Haushalt erreicht wird und die aufgelaufenen Fehlbeträge/Jahresfehlbeträge zurückgeführt werden. Als Orientierung für einen angemessenen Eigenanteil gilt für den Kreis/die Stadt/die Gemeinde zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses der Richtwert in Höhe von ... €.
- (2) Der Kreis/die Stadt/die Gemeinde verpflichtet sich, im Zeitraum bis 2015 (erster Konsolidierungszeitraum) einen Konsolidierungsbeitrag in Höhe von ...€ zu leisten. Das entspricht ...% des vorläufigen Richtwerts.

(alternativ bei mehr oder weniger als 40 %:

Damit wird dem Umstand Rechnung getragen,

- dass für den Haushaltsausgleich und den Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge/Jahresfehlbeträge bis 2021 ein höherer Eigenanteil erforderlich und zumutbar ist.
- dass der Kreis/die Stadt/die Gemeinde nachvollziehbar begründet hat, im ersten Konsolidierungszeitraum einen Eigenanteil von 40% des Richtwerts nicht erreichen zu können.)

Dieser Konsolidierungsbeitrag wird durch die in der Anlage 1 dargestellten Konsolidierungsmaßnahmen (ggf.: und durch die Festsetzung der Steuersätze/ des

Umlagesatzes nach Absatz 3¹) realisiert; die Anlage 1 ist Bestandteil dieses Vertrages.

- (3) Die Steuersätze betragen, solange ein Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge oder Jahresfehlbeträge nicht erfolgt ist oder sich mittelfristig ein neuer Fehlbetrag oder Jahresfehlbetrag abzeichnet:

Steuerart	ab 2013 ²	ab 2015 ²
Grundsteuer A		
Grundsteuer B		
Gewerbsteuer		
Zweitwohnungssteuer		
Vergnügungssteuer		
Hundesteuer		

(alternativ:

Der Umlagesatz für die allgemeine Kreisumlage beträgt ab dem Jahr 2013² und ab dem Jahr 2015², solange ein Abbau der aufgelaufenen Fehlbeträge oder Jahresfehlbeträge nicht erfolgt ist oder sich mittelfristig ein neuer Fehlbetrag oder Jahresfehlbetrag abzeichnet.)

- (4) Über die Konsolidierungsmaßnahmen für den zweiten und dritten Konsolidierungszeitraum wird jeweils ein Ergänzungsvertrag geschlossen; für das Verfahren gelten die Ziffern 4.2, 5.6 und 5.7 der Richtlinie.
- (5) Der Kreis/die Stadt/die Gemeinde ist berechtigt, vertraglich vereinbarte Konsolidierungsmaßnahmen im laufenden Konsolidierungszeitraum durch eine oder mehrere andere Maßnahmen zu ersetzen, sofern das für die vertraglich vereinbarte Konsolidierungsmaßnahme prognostizierte Einsparpotenzial mindestens in gleicher Höhe erreicht wird. Je nach Wert der zu ersetzenden Maßnahme ist ihr

¹ Wenn ein Teil des Eigenanteils durch eine Erhöhung der Erträge bei den Einnahmen aus Steuern oder Kreisumlage erbracht wird, die über die Vorgaben von Ziffer 3.3 der Richtlinie für das Jahr 2015 hinausgehen.

² Mindestens die Steuersätze bzw. Umlagesätze nach Ziffer 3.3 der Richtlinie; sind die tatsächlichen Steuersätze oder ist der tatsächliche Umlagesatz im Jahr 2012 höher, sind mindestens diese Werte einzusetzen.

Ersatz nach Ziffer 7.4 der Richtlinie anzeige- bzw. zustimmungspflichtig.

§ 4

Anwendung der Richtlinie

Die Vertragsparteien sind sich einig, dass ungeachtet der gesonderten Erwähnung einiger Ziffern im Vertragstext die Richtlinie in ihrem vollen Umfang Bestandteil dieses Vertrages ist. Auf die Möglichkeit der Kürzung der Konsolidierungshilfe nach Ziffer 7.4 der Richtlinie wird besonders hingewiesen.

§ 5

Rechtsaufsicht

Die Befugnisse der Kommunalaufsicht nach den §§ 59 ff der Kreisordnung/§§ 120 der Gemeindeordnung werden durch diesen Vertrag nicht berührt.

§ 6

Sonstiges

Sollte eine oder sollten mehrere Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, wird hierdurch die Wirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Parteien verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Regelung eine Regelung zu treffen, die dem mit ihr verfolgten Zweck am nächsten kommt. Dasselbe gilt für etwaige Lücken des Vertrages.

§ 7

Vertragsdauer

- (1) Der Vertrag hat eine Laufzeit bis zum 31. Dezember 2022³.
- (2) Um den angestrebten Konsolidierungseffekt sicher zu stellen, ist während der Laufzeit des Vertrages eine vorzeitige Kündigung ausgeschlossen.

³ Das Jahr 2022 wird für die letztmalige Evaluation benötigt.

§ 8

Inkrafttreten, Veröffentlichung

- (1) Dieser Vertrag wird wirksam, wenn der Kreistag des Kreises/die Stadtvertretung der Stadt/die Gemeindevertretung der Gemeinde diesem Vertrag zugestimmt hat. Wenn die Zustimmung des Kreistages des Kreises/ der Stadtvertretung der Stadt/ der Gemeindevertretung der Gemeinde nicht innerhalb von zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages erfolgt (§ 16 a Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 des Finanzausgleichsgesetzes), wird dieser Vertrag gegenstandslos.
- (2) Sobald der Vertrag nach Maßgabe des Absatzes 1 wirksam geworden ist, wird er auf der Internetseite des Innenministeriums und der Internetseite des Kreises/der Stadt/der Gemeinde veröffentlicht.

Kiel, 2012

2012

Innenminister

Die Landrätin/Der Landrat

Die Bürgermeisterin/Der Bürgermeister